

(2004/C 88 E/0496)

**SCHRIFTLICHE ANFRAGE P-0027/04
von Marco Pannella (NI) an die Kommission***(9. Januar 2004)*

Betrifft: Weitere Morde und Folterungen durch vietnamesische Regierungsbeamte: Opfer diesmal am 13.12.2003 in Dak Doa der 41jährige Nih, ein bekannter Christ und Anhänger der PRT

Am 13. Dezember 2003 umzingelte eine Gruppe von Beamten der vietnamesischen paramilitärischen Polizei des Bezirks Dak Dao das in der Gemeinde Ia Bang im Bezirk Dak Dao in der Provinz Gia Lai gelegene Dorf Plei O Dot und nahm zwei Dorfbewohner namens Nih (41 Jahre) und So (44 Jahre) fest, die beide Christen und Anhänger der Montagnard Foundation Inc. (MFI) und der Transnationalen Radikalen Partei (PRT) sind.

Nih war mit der Nummer 338 und So mit der Nummer 373 in den Listen der Anhänger der MFI und der PRT registriert, die den nationalen und internationalen Behörden, die in diesen Vorfällen ermitteln wollen, zur Verfügung stehen.

Beide wurden in das Bezirksgefängnis von Dak Doa gebracht und mit Schlägen und Elektroschocks gefoltert. Nih weigerte sich, Fragen zu beantworten und dem Christentum abzuschwören, weshalb ihm Major Tuan von der Polizei von Dak Doa einen Stich in die Brust versetzte und ihm dann die Kehle durchschnitt.

Am 15. Dezember 2003 brachte die vietnamesische Polizei den Leichnam von Nih zu seinen Familienangehörigen in Plei O Dot, verbot ihnen jedoch eine Begräbnisfeier und erklärte, allen Bewohnern des Dorfes zeigen zu wollen, was mit denen passiert, die der vietnamesischen Regierung nicht wohlgesinnt sind. Bis heute ist nicht bekannt, ob der Leichnam nun begraben wurde oder nicht.

Nih war Bauer und verrichtete in der örtlichen Dorfkirche Laiendienst, und er hatte sich der Kontrolle der religiösen Aktivitäten seiner Kirche durch die Regierung stets widersetzt. Er wurde ermordet, weil er den Montagnard-Flüchtlingen, die sich im Dschungel an der Grenze zwischen Vietnam und Kambodscha versteckt halten, Nahrung lieferte und sie unterstützte. Nih hinterlässt seine Ehefrau und drei Kinder, die ebenfalls bedroht und diskriminiert werden.

Kann die Kommission mitteilen, ob ihr die beschriebenen Tatsachen bekannt und, falls nicht, wie sie ihre wiederholte Zusicherung, sie werde Wachsamkeit an den Tag legen – ohne dass die vietnamesische Regierung auch nur ein Mal verurteilt oder verantwortlich gemacht worden wäre – konkret in die Tat umzusetzen gedenkt, um dafür zu sorgen, dass den für diese Gräueltaten Verantwortlichen der gebührende Prozess gemacht wird und die Opfer dieser Gewalttaten unverzüglich freigelassen werden?

Wie denkt sie darüber, dass die Regierung Vietnams die Ausübung des politischen Rechts, einer NRO mit beratendem Status im ECOSOC der UN wie der Transnationalen Radikalen Partei, die sich gewaltfrei für die Achtung der Menschenrechte einsetzt, beizutreten, als kriminelle Handlung betrachtet?

Hält sie es im Rahmen der Kooperationsabkommen nicht für geboten, zu verlangen, dass einer EU-Delegation Zutritt zum zentralen Hochland Vietnams gewährt wird?

Antwort von Herrn Patten im Namen der Kommission*(30. Januar 2004)*

Der Kommission sind die Berichte über die fraglichen Zwischenfälle in der Provinz Gia Lai bekannt; sie konnte sie bislang jedoch nicht überprüfen, da es weiterhin schwierig ist, unabhängige und überprüfbare Informationen über die Lage im zentralen Hochland zu bekommen.

Wie der Herr Abgeordnete weiß, beobachtet die Union Menschenrechtsangelegenheiten in Vietnam genau und richtet dabei ihr besonderes Augenmerk auf die Lage im zentralen Hochland.

Im Hinblick auf die Lage im zentralen Hochland appelliert die Kommission ständig an die Regierung Vietnams, die Zugänglichkeit zur Region für Missionen der Union sowie für den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) und andere UN-Gremien und Vertreter zu verbessern, um eine vollständige und unabhängige Bewertung der Lage vor Ort aus erster Hand zu ermöglichen. Die Regierung Vietnams hat es der Union erlaubt – begleitete – Troika Missionen in die Region zu unternehmen, von denen die letzte im Dezember 2003 stattfand. Der Zugang zu der Region wird jedoch weiterhin kontrolliert.

Die Union äußert beständig ihre Besorgnis über erklärte Menschenrechtsverletzungen, einschließlich in den Fällen, in denen Personen aufgrund der friedlichen Äußerung ihrer persönlichen Meinung verfolgt werden. In diesem Zusammenhang verweist die Kommission den Herrn Abgeordneten auf ihre gemeinsame Antwort auf die schriftlichen Anfragen E-3001/03 bis E-3003/03⁽¹⁾ über Menschenrechtsverletzungen im zentralen Hochland, die weiterhin voll gültig bleibt.

⁽¹⁾ ABl. C 70 E vom 20.3.2004, S. 190.

(2004/C 88 E/0497)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0089/04
von Astrid Thors (ELDR) an die Kommission

(21. Januar 2004)

Betrifft: Behandlung von radioaktiven Abfällen in Russland

Letztes Jahr wurden hinsichtlich der Schaffung eines verantwortungsvollen Systems der Behandlung von radioaktiven Abfällen in Russland, insbesondere bezüglich der Abfälle atomarer U-Boote im Nordwesten des Landes, bedeutende Fortschritte erzielt. Für die im Rahmen der nördlichen Dimension eingerichtete Umwelt-Partnerschaft wurden beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt (über 160 Mio. EUR), und das multilaterale nukleare Umweltprogramm für Russland, ein Übereinkommen betreffend Verpflichtungen und Steuerfragen im Zusammenhang mit radioaktiven Abfällen, ist zwar inzwischen unterzeichnet aber noch nicht ratifiziert. Daher gibt es noch immer keinen Plan für die Behandlung und endgültige Lagerung dieser Abfälle, und die Koordinierung zwischen den verschiedenen Geldgebern könnte ebenfalls verbessert werden. Auf einem Seminar vom 26. November 2003, das von der russischen Duma und dem Europäischen Parlament veranstaltet wurde, hat sich des Weiteren gezeigt, dass zahlreiche andere Fragen betreffend die Überwachung immer noch offen sind.

Welche Maßnahmen hat die Kommission ergriffen oder plant sie zu ergreifen, um eine Einigung aller an der Entsorgung und Finanzierung beteiligten Parteien auf einen Aktionsplan zu erleichtern? Welche Garantien hat die Kommission dafür, dass die Maßnahmen zur Entsorgung dieser Abfälle ein Höchstmaß an Sicherheit beinhalten und dass der verbrauchte Kernbrennstoff nicht wieder zu militärischen Zwecken eingesetzt wird?

Antwort von Herrn Patten im Namen der Kommission

(3. März 2004)

Die Kommission hat das Ausmaß des Problems der radioaktiven Abfälle in Russland und insbesondere im Nordwesten Russlands von Anfang an erkannt. Sie hat ein gemeinsames Konzept, durch das die Koordination zwischen den verschiedenen Gebern und Russland verstärkt wird, aktiv vorangetrieben. Mit der Ratifizierung des MNEPR am 28. November 2003 durch die Duma und am 10. Dezember 2003 durch die Russische Föderation wurde der Weg für das Inkrafttreten der Entsorgung von Nuklearabfällen im Rahmen der Umweltpartnerschaft Nördliche Dimension (NDEP) geebnet. Die Kommission trägt im Jahr 2003/2004 insgesamt EUR 50 Millionen dem Fonds bei, von denen EUR 40 Millionen für den Nuklearbereich vorgesehen sind.

Die Kommission hat die Einsetzung eines Operativen Ausschusses für Nuklearabfälle unterstützt, um eine starke Koordination nicht nur der durch den Fonds finanzierten Maßnahmen zu gewährleisten, sondern auch um die Programme der bilateralen Geber, die fast alle in diesem Ausschuss vertreten sind, sicherzustellen. Der Ausschuss trat am 2. Februar 2004 zum ersten Mal zusammen. Dabei wurde ein strategischer Bewirtschaftungsplan für die radioaktiven Abfälle im Nordwesten Russlands vereinbart. Dieses Projekt wird in den nächsten Monaten durchgeführt und als solide Grundlage für die künftige Koordination und Auswahl der zu unterstützenden Projekte dienen.

Bei der Auswahl der Projekte sollten folgende Kriterien in hohem Maße berücksichtigt werden: Nukleare Sicherheit, Sicherheit, Kosteneffizienz und Umweltnutzen. Im Rahmen der NDEP sollen nur Maßnahmen finanziert werden, bei denen das Ziel einer sicheren Entsorgung und Lagerung von Nuklearabfällen (abgebrannte Kernbrennstoffe und radioaktive Abfälle) im Nordwesten Russlands im Vordergrund steht.